

N i e d e r s c h r i f t .

Am 11. Oktober 1955 hatte ich in München ein Gespräch mit Herrn Reichskanzler a.D. Franz von Papen. Hierbei wurden u.a. Fragen besprochen, die bereits im Sommer brieflich gestellt worden waren und mit der Arbeit "Wehrmacht, Staat und NSDAP" in Zusammenhang stehen.

Hinsichtlich seiner Rede im Herrenklub ("Neue Dokumente", S.430, Anm.118) bleibt v.P. bei seiner Auffassung, die Ansprache habe den Zweck verfolgt, durch einen zusammenfassenden Rückblick auf die sechs Monate gemeinsamer Arbeit im Kabinett dem neuen Kanzler Schleicher ein Festhalten an den Zielen, zu einem "neuen Staat" zu kommen, nahezu legen - eine Rede also in dem Sinne, Schl. einen guten Start zu wünschen. Er sei damals der Meinung gewesen, Schl. würde grundsätzlich an einer durchzuführenden Staats- und Verfassungsreform festhalten. Die wahren, oft sprunghaft wechselnden Ansichten Schleichers seien ihm jedoch niemals klar gewesen, auch nicht in der Zeit der Kanzlerschaft. Vom September/Okttober 1932 an habe Schl. (im Gegensatz zu den Sommermonaten) immer weniger Gelegenheit gesucht, sich mit v.P. über schwebende Fragen der Regierungsführung auszusprechen. Im November habe das ganz aufgehört.

Zur Vorgeschichte der Kölner Besprechung. Das Affidavit Schröders (PS-3337) ist nicht als einwandfreie historische Quelle anzusehen. Der Inhalt entspricht nach den Ausführungen v.Papens nicht der Wahrheit. Schröder hat die in dem Affidavit aufgestellten Behauptungen in der Berufungs- Spruchkammerverhandlung gegen P. (<sup>München</sup> ~~Birch~~ 1947) zurücknehmen müssen. Das vorbereitende Gespräch fand demnach zwischen P. und Schröder am 16. Dezember, dem Tage des Herrenklub-Essens, statt und nicht, wie Schröder behauptete, "um den 10. Dezember". Die Bereitschaft P's, mit Hitler sich zu treffen, sei letztenendes aus dem Gefühl erwachsen, a u c h h i e r m i t der antierenden Regierung Schleicher eine Unterstützung zu geben. v.P. legt dabei Wert auf die Feststellung, daß die Kölner Be-

x) Das Affidavit wurde vom J. M. T. Wite zugelassen u. in die Akte eingebracht, Schraden als Zeugen vorzuführen. Darauf aber hat sie verzichtet. 100001

sprechung den Sinn gehabt habe, Hitler eine Verständigung mit Schleicher zu empfehlen. Aus einer Vizekanzlerschaft Hitlers, oder noch verlockender: aus einem Dummvirat sollte sich, wie P. damals Hitler klarmachte, eine politische Basis ergeben, von der aus die Dinge "sich hätten weiterentwickeln können". In diesem Vorschlage sei dann auch die Möglichkeit einer späteren Kanzlerschaft Hitlers enthalten gewesen, auf die letzterer ja hinausgewollt habe, *und die P. schon am 13. Juli 32 Hitler zugesagt habe, sofern wir zeigen, daß er seine Partei zeitig zur Übernahme von Verantwortung sieht.*

Im Zusammenhange hiernit sagte Herr von Papen zu, mir - falls noch auffindbar - eine Abschrift des *Rüchters* ~~Teils~~ *Teils* von 1947 zur Verfügung zu stellen.

Zum Verhältnis Hindenburg-Schleicher. Herr von P. betonte zunächst das gute Arbeitsverhältnis zwischen sich und Schleicher; er habe heute und damals das Empfinden gehabt, daß die Politik des Jahres 1932 sich kaum mehr auf der institutionellen Ebene, sondern vorwiegend in der Atmosphäre ausgewählter und vom höchsten Vertrauen getragener Menschen gestalten lassen konnte. Er habe anfangs auch ein Gefühl der Dankbarkeit gegenüber Schleicher gehabt, weil dieser ihn zum Kanzler-Posten *vorgeschlagen* habe. Sechs Monate lang hätten die dann gemeinsam Hindenburg *mitteilen lassen*. Später habe infolge der taktischen Schwenkung Schleichers (seit November) *alles aufgehört und Hindenburg, immer mißtrauischer werdend, habe schließlich nichts mehr begriffen. Die Entfremdung zwischen H. und Schl. sei sehr bedauerlich gewesen. Zu ihrer Behebung hätte jedoch Schl., der um die Jahreswende 32/33 völlig "verrannt" gewesen sei, den ersten Schritt tun müssen. Er (v.P.) hätte sich jedenfalls nicht einschalten können.*

Einer der wesentlichsten Gründe der Verstimmung H.'s gegenüber Schl. sei dessen Konsultation der Wehrkreisbefehlshaber gewesen, die er selbständig am 1. oder 2. Dez. 32 befragt habe und die einstimmig sich gegen den Entschluß Hindenburgs vom 1. Dez. ausgesprochen hätten. Schl. hat dieses Ergebnis H. gemeldet (vgl. Erinnerungen S. 279) - die Tatsache *aber* habe v.P. durch Oskar Hindenburg erfahren. Ich bemerkte an dieser Stelle des Gespräches, daß ich bei Gelegenheit bei Gen. Liebmann, damals Wehrkreisbefehlshaber V, rückfragen würde.

x) In der *Denkmal* v. Falkenhausem wird erzählt, daß Hitler am 16. Juli 32 die F. unterstellte Infanterie *in* Dresden betraut habe u. so bei der *partei*, man werde mit *Strasser* die NSDAP spalten, und damit eine *parlam. Mehrheit* schaffen.

1201-1212

Archiv

Handwritten notes in red ink, including the name "Klingenberg" and a date "18. Juni 37".

A

Handwritten notes in red ink, including the name "Klingenberg" and a date "18. Juni 37".

00002

Handwritten notes in red ink at the bottom of the page, including a date "18. Juni 37".

In einem Kampfkabinett Papen, wie es noch am 1. Dezember von Hindenburg gewünscht wurde, wäre ein Reichswehrminister Schleicher selbstverständlich im Amt geblieben. Ende Januar 1933 jedoch hätte dem Reichspräsidenten ein Wehrminister, der Schleicher hieß, nicht mehr zugemutet werden können. Daß er in diesen Januartagen mit Stülpmagel wegen des Wehrministeriums verhandelt habe, hält Herr v.P. durchaus für möglich, der November 1932 schied allerdings aus.

Sollte Hindenburg wirklich am 2. oder 3. Dez. 32 dem neuen Kanzler Schleicher Vollmachten bei vielleicht eintretenden Krisen in Aussicht gestellt haben, so sei dieses nach P.'s Auffassung nur eine unverbindliche Rückenstärkung gewesen. Im übrigen sei Hindenburg nicht mehr instande gewesen, einen Unterschied in den Gründen zu finden, die zuerst von Papen und später von Schleicher vorgebracht wurden, um den Reichstag auflösen zu lassen. Das Ansinnen Schleichers vom 28. Januar 1933 sei für Hindenburg dasselbe gewesen wie dasjenige Papens am 1. Dezember 1932.

Zu den Ereignissen im Januar 1933. Am 9. Jan. traf Herr v.P. wieder in Berlin ein und besuchte Schleicher. Er (v.P.) sei zunächst über die Presse-Kampagne der "Täglichen Rundschau" empört gewesen und habe dann über den Verlauf des Kölner Gespräches berichtet. Hierauf sei Schleicher "völlig beruhigt" gewesen und habe gesagt "Dem ist ja alles in Ordnung". Äußerungen über seine eigene Politik, seine Stellung zu Hitler usw. habe Schl. in dieser Unterredung (die letzte P.'s mit Schl.) nicht gemacht. Anschließend begab sich P. zum Reichspräsidenten. Er berichtete über Köln und hörte von Hindenburg, was Schl. zwischen dem 5. und 9. 1. an "Registern gegen mich gezogen" hatte: Bezeichnung des Kölner Gespräches als unerhörte Illoyalität und den Rat an H., P. in Zukunft nicht mehr zu empfangen.

Dem Bericht Weiseners (S. 261 f.), am 9. Jan. habe der Reichspräsident seine Zustimmung dazu gegeben, daß Papen ~~XXXX~~ "persönlich und streng vertraulich" auf der Basis der Kölner Besprechung weiterhin mit Hitler in Fühlung bliebe, stimmt Herr v.Papen zu. Es sei allerdings ein "unverbindli-

gher" Auftrag gewesen (H.: "Das machense man") und hinge damit zusammen, daß H. am 2. Dezember, nach der Beauftragung Schleichers, zu P. bemerkt habe, er lege großen Wert auf weiteren Kontakt ("Ich möchte immer Ihr Urteil haben"). So auch Anfang Januar, als H. bemerkte, wie die Schwierigkeiten Schleichers wuchsen.

In den Tagebuchauszügen Ribbentrops steht zu lesen, daß in der Nacht vom 10. zum 11. Januar im Hause R's eine Unterredung zwischen Hitler und Herrn v.P. stattgefunden habe. Hierzu bemerkte v.P., diese Notiz sei "völlig aus der Luft gegriffen" und "absolut unwahr". Doch es sei möglich, daß er am 12. Januar von den Ribbentrops zum Mittagessen geladen worden ist. Daß Hitler gleichzeitig geladen worden sein soll (Erinnerung Frau v.R.'s), <sup>hatte</sup> ~~wusste~~ P. damals nicht <sup>sicher</sup> und vermutet <sup>heute</sup> ~~daß~~ man ihn vielleicht habe überraschen wollen. Er habe jedenfalls auch nicht gewußt, daß in jenen Tagen Himmler und Keppler vorher bei Ribbentrop gewesen seien.

(am 18. Jan.)

Die ebenfalls im Tagebuch behauptete Zusammenkunft Hitler-Röhm-Himmler-Papen im Hause Ribbentrop bestritt Herr v.P. energisch. Schon damals habe es Gerüchte gegeben um ein solches Treffen am 18. Jan. Er erinnere sich genau, diese Gerüchte in der "Germania" dementiert zu haben.

*Die Ribbentrop-Memoires sind m. E. abenteuervoll, eine Fälschung, welche wie Hitler's Tisch-Schokolade!*

Abschließend brachte ich drei Fragen vor, die mir Herr Dr. Wolff zum Thema des Reichstagsbrandes aufgetragen hatte. Hierzu äußerte Herr von Papen:

1. Über das hinaus, was er in seinen Erinnerungen S. 303 zur Begegnung mit dem früheren Kriminalkommissar Heisig mitgeteilt habe, könne er beim besten Willen nichts mehr sagen.

2. Herr v.P. hält es durchaus für möglich, daß er im Frühjahr 1934 (bei der Vorbereitung der ersten Begegnung zwischen Hitler und Mussolini) in Rom vor Hassell und Mussolini (Erinnerungen S. 372), im Zusammenhang mit der diskutierten "innenpolitischen Entwicklung des Deutschen Reiches", u.a. auch Hinweise auf den nach seiner Meinung noch völlig ungeklärten Reichstagsbrand gegeben habe.

*x) Da ich am 9. I. in Nürnberg's Diner erkrankt habe, in welcher Weise ich mich bei H. verdächtig halte, obgleich er mit dem STI in Wahrheit kannte, ist es von rein psychologischer Natur, daß ich ihn am nächsten Tage erkannt hätte ohne seine ungenutzten hätte, 00004*

3. Davon, daß Göring von den deutschnationa-  
len Ministern des Kabinetts Hitler daran gehindert sein  
soll, gefälschtes, angeblich aus dem Liebknechthaus stam-  
mendes Material zu veröffentlichen, weiß Herr von Papen  
nichts.

München, den 8. Dezember 1955.

*Wird gesehen... in...  
10/12. 55*

*Hayraest*

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

NS 55413-6

NS  
0.9

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-354/2 -7

2124/58

Bemerkungen zu dem  
 " Entwurf eines Briefes an die 'Vossische Zeitung' v. 30.1.1934"  
 Von General der Inf. Kurt von Schleicher.

[Der in dem Nachlaß des General v. Schleicher gefundene, verabge-  
 druckte ~~Artikel~~ Briefentwurf, am 6.2.1934 an den Schriftleiter die-  
 ser Zeitung, Herrn Dr. Wetter, mit der Bitte um Rückgabe und "zur  
 persönlichen und vertraulichen Kenntnis" übermittelt, nötigt seine  
 historische Bedeutung halber zu einem Kommentar.] [r]

General v. Schleicher betont eingangs, er müsse zu diesem Artikel  
 des Herrn Schultze-Pfaelzer "zur Steuer der historischen Wahrheit"  
 Stellung nehmen, weil er ihn voller historischer Unrichtigkeiten fin-  
 de und in verletzender Ausdrucksweise abgefaßt sei.

Es wird also festzustellen sein, welche von dem ehemaligen  
 Reichskanzler für wahrheitswidrig erachteten Darlegungen einer Kor-  
 rektur unterzogen werden müssen oder welche von ihm selbst wahr-  
 heitswidrig behandelt werden.

Zu 1) Der Feststellung Schleichers ist vollauf zuzustimmen.

Ziffer 2) ist folgendermaßen neu zu fassen:

Als Schleicher mich aufforderte, den Kanzlerposten zu übernehmen,  
 sagte er mir, daß Hitler die Tolerierung und Unterstützung meines Ka-  
 binetts nach den Wahlen zugesagt habe.

Über die Frage "Tolerierung" oder "Unterstützung" ist eine Contro-  
 verse entstanden, weil Hitler sich an keine dieser Zusagen gehalten hat  
 und unmittelbar nach der Kabinettsbildung bereits erklärte, er habe  
 lediglich versprochen, das Kabinett "eine Weile zu tolerieren".

Ich selbst habe offenbar eine "Unterstützung" für unwahrscheinlich  
 gehalten und daher auch in meinen Memoiren nur von "Tolerierung" ge-  
 sprochen (S.184,194).

Entscheidend für meine Zustimmung zu Schleichers Kanzlerangebot war  
 die aus seiner Abmachung mit Hitler gewonnene Auffassung, daß "der vor-  
 läufigen Tolerierung nach der Wahl (31.7.32) eine Beteiligung der NSDAP  
 an der Regierung bestimmt folgen werde" (Papen-Mem.S.194,f.) Es war  
 das die Auffassung Schleichers, die er stark unterstrich.

Die Notiz in den Akten des RWM v.16.9.32, Hitler habe Ende Mai  
 tatsächlich Schleicher versprochen, das Präsidialkabinett für die Zeit  
 nach den Wahlen "nicht nur zu tolerieren, sondern sogar zu unterstüt-  
 zen, ohne an seine Zusage Bedingungen für die Beteiligung seiner Partei  
 zu knüpfen", ist wohl nur unter dem Eindruck der skandalösen Vorgänge  
 der Reichstagsauflösung vom 12.9.32 zustande gekommen.

Nach der heute bekannten "Wahrheitsliebe" Hitlers kann angenommen we-  
 werden, daß er Schleicher mit beiden Zusagen vorsätzlich täuschte.  
 Hierzu ist auch die Erklärung Hitlers an Asso Press nach dem 13.8.32  
 erwähnenswert, in der er "behauptete, seine Unterstützung nur so lange  
 in Aussicht gestellt zu haben, als meine Regierung ihre Politik in  
 Übereinstimmung mit den Grundsätzen der NSDAP führen werde" (Papen Mem.  
 S.224).

Man wird schwerlich annehmen können, Schleicher habe dazu sein Einver-  
 ständnis gegeben.

Ziffer 3) ist folgendermaßen neu zu fassen:

Die Behauptung Schleichers, er sei nach dem 31.7.1932 beim Reichspräsidenten nachdrücklich für eine Kanzlerschaft Hitlers eingetreten, widerspricht der Wahrheit.

Wahr ist vielmehr, daß er und ich überzeugt waren, eine Kanzlerschaft Hitlers sei solange unmöglich, als er nicht de facto dargetan habe, daß durch eine auf seine Weisung erfolgte Beteiligung der NSDAP an der Regierung, er und die Partei gewillt seien, sich staatspolitisch verantwortlich - im Sinne der von meiner Regierung festgelegten Richtlinien - zu betätigen.

Die Beteiligung der NSDAP an meiner Regierung wurde von mir und dem gesamten Kabinett als dringendst wünschenswert betrachtet. (Siehe auch Äußerungen Frhr.v.Braun und Grf.Schwerin-Krosigk dazu). Meine Unterhaltung mit Hitler am 13.8. ist ganz in diesem Sinn geführt worden.

Es ist möglich, daß Schleicher -wie er angibt- "ein stundenlanges Gespräch mit Hitler auf dem Lande", etwa um den 5.8., während meiner Abwesenheit zu kurzem Urlaub in Wallerfangen (2.-8.VIII.) geführt hat,

und wahrscheinlich hat er über dieses Gespräch dem Kabinett am 10.8. Nachm. berichtet. (s.Görlitz:Hindenburg-Biographie S.380/81)

Nach weiteren Feststellungen habe ich am 10.8.Vorm. dem Herrn R.Pr. Vortrag gehalten und ihn unterrichtet, daß bei der Besprechung des Generals v.Schleicher mit Hitler, der Letztere die Kanzlerschaft gefordert habe.

Wenn aber der Schultheiß-Geschichtskalender und Herr v.Schmidt-Pauli feststellen, ich hätte in der Zeit vom 8.-10.8. (meiner Rückkehr aus Wallerfangen und diesem Vortrag) dem Gedanken einer Kanzlerschaft Hitlers nicht mehr unbedingt ablehnend gegenüber gestanden (falls etwa der R.Pr. sich für Hitler entscheiden sollte!) so muß ich das als eine unwahre Behauptung oder eine falsche Information bezeichnen.

Eine Erinnerungstäuschung über eine solche Sinnesänderung ist ausgeschlossen. Bevor ich zum R.Pr.ging, hatte jedenfalls Schleicher mich über das Ergebnis seiner Unterredung mit Hitler unterrichtet. Hätte er in dieser, unserer Besprechung und nachher beim R.Pr. die Forderung einer Kanzlerschaft Hitlers unterstützt, so wäre doch dazu das Einverständnis meines Rücktritts nötig gewesen. Einen solchen Akt hätte ich niemals vergessen.

Es hat im Gegenteil nie ein Zweifel zwischen Schleicher und mir bestanden, daß zunächst nur die Beteiligung der NSDAP an der Regierung anzustreben sei und eine Kanzlerschaft Hitlers erst nach befriedigender Zusammenarbeit mit der Partei zur Debatte stehen könne. Diese Beteiligung der Partei hatte Schleicher mir doch in Aussicht gestellt.

Außerdem hätte es jeder Logik widersprochen, wenn Schleicher nach dem 5.8. eine Kanzlerschaft Hitlers befürwortet haben würde, nachdem er und ich am 20.7.32 (also 14 Tage zuvor!) zur Aktion gegen Preußen geschritten waren - aus der inneren Begründung, es müsse unter allen Umständen verhindert werden, die Preuß.Polizei in die Hände eines Nat.Sozialisten fallen zu lassen, sobald die NSDAP nach der Preußen-Wahl v.25.4.1932 die Regierung dort übernehmen werde.

Es ist aus all diesen Gründen daher ausgeschlossen, daß ich oder Schleicher dem Kabinett am 10.8. Nachm.Bericht erstattet hätten, im Sinn der Ziffer 2) des Briefes Schleicher an St.Secretär Körner vom 5.8.1933.

Die Behauptung Schleichers zu Ziffer 2) "er (Schl.) habe vor jenem denkwürdigen 13.August sich sowohl im damaligen Reichskabinett wie bei mehreren Unterredungen beim Herrn R.Pr. nachdrücklichst für die Berufung Hitlers zum Kanzler eingesetzt. Das werden Ihnen sowohl alle Mitglieder des Kabinetts, wie vor allem auch der Vizekanzler v.Papen und der St.Secr.Meißner, die meine Bemühungen unterstützten, bestätigen können" - widerspricht übrigens völlig seiner Darstellung im Briefe an die Voss.Ztg.vom 30.1.1934.

Dort hatte er unter Ziffer 3 geschrieben: "Ich bin nach den Wahlen des 31. Juli 32 nachdrücklich beim R.Pr., ~~nachdrücklich~~ für die Kanzlerschaft Hitlers eingetreten. Hitler hatte mich in stundenlangem Spaziergang auf dem Lande von der Notwendigkeit seiner Kanzlerschaft überzeugt. Die Gegner dieser Entwicklung, deren Einfluß dann zur Absage des 13. August führte, sind mir bekannt, brauchen in dieser Richtigstellung aber nicht genannt zu werden".

Daß ich dieser Gegner bin (und evtl. noch Meißner?) ist ganz klar aus dem Briefe vom 30.1.34 ersichtlich. Also: einmal werde ich als Kronzeuge genannt für eine Unterstützung des Schleicherschen Kanzlerkandidaten und ein halbes Jahr später war ich sein heftiger Gegner.

Daß der Kröner-Brief pro domo geschrieben wurde, zeigt die Abschrift an den St. Secretär der Kanzlei Hitlers.

Die Ministeramts-Notiz des RWM v. 15.8., wie Stellungnahmen aus dem RWM, die von einer "Entschlossenheit Schleichers vom 5.-10.8. Mittags oder Nachm. sprechen, sich für eine Kanzlerschaft Hitlers einzusetzen",

können m.E. nur zu dem Zwecke aktenkundig gemacht worden sein, die Ablehnung der Kanzlerschaft Hitlers später (wenn nötig) dem R.Pr. in die Schuhe zu schieben.

Er, Schleicher, der möglicherweise Hitler am 5.8. versprochen hatte, sich für dessen Kanzlerschaft einzusetzen, bedurfte eines Alibi.

Daraus erklärt sich auch logisch die Darstellung im Briefe v. 30.1.34.

Der Sohn des R.Pr. Generalltm. Oskar v. Hindenburg bestätigt meine Darstellung der Vorgänge vom 10.-13.8.32 in einem Schreiben v. 8.11.1957:

"Unabhängig hiervon kann ich Ihnen nur mitteilen, daß mir nichts davon bekannt war und ist, daß Sie oder Meißner vor dem 13.8.32 beim Reichspräsidenten in irgendeiner Form für die Berufung Hitlers zum Kanzler eingetreten sind. Ich persönlich halte dies für völlig ausgeschlossen."

[Ich muß daher auch der Auffassung widersprechen (Brief Dr. Vogelsang v. 5.10.57 an den Unterzeichneten), daß erst nach der ablehnenden Entscheidung des R.Pr. vom 10.8. Vorm. Schleicher und ich die sogenannte 'kleine Lösung' einer Vicekanzlerschaft Hitlers zu realisieren getrachtet hätten.)]

Als meine vor und am 13. August mit Hitler und seinen Beauftragten geführten Gespräche, deren Inhalt mit Schleicher genau abgestimmt war, klar herausstellten, daß mit einer Beteiligung Hitlers (oder von ihm Beauftragter) an meiner Regierung nicht zu rechnen war, hielt Schleicher darauf, daß die erwartete Absage des R.Pr. am 13.8. der Öffentlichkeit in möglichst schroffer Form mitgeteilt werden müsse. Ein so gehaltenes Communiqué hatte er mit Meißner schon vorbereitet.

Ich erinnere mich daran sehr genau, weil Schleichers Wunsch, der NSDAP eine fühlbare Schlappe zu servieren, von mir in Hinsicht auf die anstehenden Reichstagsverhandlungen nicht voll geteilt wurde.

Steht diese heftige Reaktion Schleichers nicht auch in einem psychologischen Widerspruch zu der Behauptung, Hitlers Ablehnung als Kanzler sei ganz gegen seinen, Schleichers, Willen erfolgt?

Übrigens hat Schleicher unmittelbar nach dem 13.8. einen Brief an den ihm gut bekannten Reichstagsabgeordneten O. Schmidt-hannover (damals Fraktionsführer der DNVP) gerichtet, in dem er "herzlich und spontan seiner offenbar ehrlichen Freude ~~Freude~~ über die nun wohl endgültige Abfuhr Hitlers " Ausdruck gibt. (Aussage Schmidt-hannover, der diesen Brief Schleichers aus Sicherheitsgründen verbrannte, während die Antwort Schmidt's an Schleicher v. 18.8.32 sich im Nachlaß Schleichers befindet.

Zu 4) Nach dem 13. August hat Schleicher, wie er schreibt, eine Kanzlerschaft Hitlers nicht mehr für möglich gehalten. Er führt dafür 2 Gründe an. Der Widerstand "des einzig einflußreichen Beraters" des Reichspräsidenten sei unüberwindlich gewesen. Dieser Berater war doch offenbar ich und es ist völlig zutreffend, daß mein Widerstand unüberwindlich war.

Daß der Widerstand des R.Pr. gleichfalls unüberwindlich war, ist ebenfalls zutreffend. Nicht zutreffend ist nur, daß Schleicher dieser Widerstand erst nach dem 13. August bekannt geworden sei, denn es entspricht der Wahrheit, daß Schleicher die Auffassung des R.Pr. und die meine seit Beginn meiner Regierung vollkommen teilte. Die "fast ungnädigen Worte" des R.Pr. anlässlich eines Gesprächs in Neudeck sind eine erfundene Staffage für diese Darstellung. Wann immer, in Neudeck oder Berlin, in meiner und Schleichers Gegenwart über das Problem Hitler gesprochen worden ist - niemals ist zwischen uns eine Differenz in der Auffassung sichtbar geworden, Hitlers Betreuung sei gegenwärtig unmöglich.

Wichtig ist die Feststellung Schleichers, daß Hindenburg an seiner negativen Auffassung bis zum 26. Januar 1933 festgehalten habe. Sie unterstützt meine Darstellung, daß auch ich, "der einzig einflußreiche Berater", bis dahin keinerlei Versuch unternommen habe, den Reichspräsidenten für eine Kanzlerschaft Hitlers zu gewinnen.

Schleicher behauptet, er habe sich angesichts der negativen Haltung des R.Pr. und meiner selbst, "ümsomehr bemüht, die Nationalsozialisten wenigstens zur Mitarbeit zu gewinnen".

Die Tatsachen zeigen, daß dies bis zum Abschluß der Novemberwahlen unmöglich war.

Ich erinnere an den "Petempa-Fall", als am 22.8.1932 in Beuthen ein Todesurteil gegen 5 Nationalsozialisten erging und ich in einer Rede am 28.8. in Münster i/W mich in größter Schärfe gegen die Praktiken der NSDAP ausgesprochen habe.

Am 12.9.1932 war ich gezwungen, den Reichstag aufzulösen. Eine überwältigende Mehrheit des Reichstags - darunter alle bürgerlichen Elemente unter der Führung des Zentrums (mit Ausnahme der DNVP) - verhinderte den antierenden Kanzler seinen Rechenschaftsbericht dem Hause zu erstatten und vetierte für den kommunistischen Antrag.

Wie wäre unter solchen Spannungen an eine "Mitarbeit" der NSDAP zu denken gewesen?

Zu 5) Ist es zutreffend, daß Schleicher die Kanzlerschaft, wie er schreibt: "sehr gegen meinen Willen", übernommen hat?

Meines Erachtens hat Schleicher die Kanzlerschaft zumindest seit der Reichstag-Tragödie vom 12.9. planmäßig angestrebt.

Nach meinem Rücktritt, den ich auf Wunsch Schleichers erklärt hatte, entsandte Schleicher seinen Vertrauten, den Major Ott, nach Weimar zu Hitler, um diesen zu bitten, in sein demnächst zu bildendes Kabinett als Vizekanzler einzutreten. (Aussage des Botschafter a.D. Ott zu m. Berufungsprozeß 1949, s. Urteil S. 27, Prot. 42).

Erstaunlich ist nur, daß jetzt, nach Fortfall meines Widerstandes, Schleicher nicht Hitler für die Kanzlerschaft zu gewinnen suchte.

Weiterhin entsandte Schleicher in der zweiten Nev. Hälfte meinen Staatssekretär E. Planck nach Paris, um den führenden Staatsmännern klar zu machen, die interne deutsche Lage erfordere es, einen General an die Spitze der Reichsregierung zu berufen. Man möge darin keinesfalls etwa einen beunruhigenden oder unfreundlichen Akt erblicken. Planck, mit Schleicher eng befreundet, hatte diese Reise mir gegenüber mit einem dringenden Erholungsurlaub motiviert.

Das schließt nicht aus, wie auch Frhr.v.Braun meint, daß Schleicher den Kanzlerposten nicht generell angestrebt habe und gern noch länger "in der Kulisse" geblieben wäre, hätten die Umstände und eine mögliche Wiederkehr meiner Kanzlerschaft es ihm erlaubt. Er hat diesen Entschluß aber, wie verstehend dargetan, nicht erst gefaßt, "weil das Kabinett dem wiederbetrauten Papen die Gefelgschaft versagte". Dieser Akt des Kabinetts vom 2.12.1932 war vielmehr eine Folge von Schleichers - ohne meine Kenntnis - geführten Besprechungen mit den einzelnen Ministern und dem am 2.12.vergetragenen Kriegsspiel durch Majer Ott. (Aussage der Min.Dr.Gürtner und Frhr.v.d.Eltz anlässlich unserer Aussprache am 1.12.Abends).

Frhr.v.Braun schreibt dazu:"Das Kabinett....wurde am 2.Dez.32... durch den im Auftrage von Schleicher von Majer Ott nach den Kriegsspielen gehaltenen Vertrag dahin orientiert, daß im Falle einer Diktatur der Friede und die Ordnung im Reiche durch das Militär gegen die SA und SS, wenn möglich gegen das 'Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold'nicht aufrecht erhalten werden könne. Diese Auffassung war umso einleuchtender, da doch sehr viele Soldaten aller Ränge von der Disziplin, der Begeisterung, der verkündeten Opferbereitschaft des Nazismus im Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie der damaligen Zeit stark berührt waren und man daher wohl mit starken inneren Widerständen bei den Soldaten bei etwaigen Kämpfen rechnen konnte. Die meisten Kabinettsmitglieder, zu denen auch ich gehörte, glaubten nicht, daß Papen nach dem Mißtrauensvotum des Reichstags vom 12.Sept. die Schlagkraft besitzen könne, die ungemein schwierige Lage gegen das von allen guten Göttern verlassene Parlament (Kaas miteingeschlossen) und die Nazi in ihrer Gesamtheit zu meistern, zumal die allgemeine Volksstimmung durch Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit gereizt war. Daß dem R.Pr. die Betrauung Schleichers mit dem Kanzlerposten sehr schwer wurde, habe ich in meinem Buch "Von Ostpreußen bis Texas" S. 258 ff dargelegt." -(Brief v.5.7.57) -

Schleicher spricht weiter von einer an ihn ergangenen Weisung des Reichspräsidenten, "die Nationalsozialisten zur Mitarbeit oder wenigstens zur Neutralität zu überreden, oder den bereits eingeleiteten Wiederaufbau Deutschlands im Kampf durchzuführen".

Diese Darstellung ist unhaltbar, soweit sie eine Weisung auf "Kampf" betrifft.

Schleicher war am 2.12. zum Kanzler berufen worden, weil der R.Pr. den Kampf nicht wollte und weil Schleicher ihm versprochen hatte, er werde dem R.Pr. jeden Kampf und den Bruch der Verfassung ersparen. Er werde durch Spaltung der NSDAP eine parlamentarische Regierung zu bilden suchen, die ein diktatorisches Regieren erübrige.

In der Unterredung vom 1.12. zwischen dem R.Pr., Schleicher und mir hatte der R.Pr.den Schleicher'schen Vorschlag abgelehnt, weil er an

am 2. XII.

seine Durchführung nicht glaubte. Erst der wiederholte Hinweis Schleichers, meine Wiederbetrauung werde den Bürgerkrieg unvermeidlich machen und seine Darlegung, daß mit den vorhandenen Machtmitteln einem Bürgerkrieg nicht begegnet werden könne, haben den R.Pr.bewogen, den mir gegebenen Auftrag zurückzuziehen und Schleicher mit der Kanzlerschaft zu betrauen.

Daraus erhellt eindeutig, daß Schleicher bis zu dem Augenblick, da er dem R.Pr.melden mußte, seine Bemühungen um Mitarbeit oder Neutralität der NSDAP seien endgültig gescheitert (am 26.1.1933), nicht eine Weisung auf "Kampf" erhalten haben kann.

Frhr.v.Braun schreibt dazu: "Ich habe nie auch nur andeutungsweise davon gehört, daß Hindenburg eine Eventualvollmacht gegeben habe, den "Wiederaufbau im Kampf" durchzuführen. Das ist m.E.freie Erfindung von Schleicher. Weil er den Kampf nicht wollte, darum betraute Hindenburg ja Hitler mit dem Kanzlerposten, obwohl ihm dieser zuwider war."(Brief v. 5.7.1957)-

Es ist noch Stellung zu nehmen zu dem Protokoll Meißners vom 2.12. 1932 (Aktennotiz über Besprechungen beim Reichspräsidenten am 1. und 2. 1932).

Die in dieser Aktennotiz gegebene Darstellung der Besprechung des Kanzlers und Schleichers beim R.Pr. entspricht nicht den Tatsachen.

Ich berufe mich auf die Darstellung dieser dramatischen Sitzung in meinen Memoiren (S. 243 ff).

Es ist weder zutreffend, daß zuerst der Reichswehrminister einen eingehenden Bericht über seine "Fühlungnahme mit den Nat. Soz. und den anderen Parteien" gegeben habe, denn es war nie sein Ressort, mit den Parteien zu verhandeln, noch ist an jenem Abend "als einmütige Auffassung aller Beteiligten" festgestellt worden, "daß zur Zeit wenigstens Aussicht dafür, daß eine Reichstagsmehrheit das Kabinett Schleicher tolerieren würde, nicht gegeben sei, daß demgemäß ein Ersatz Papens durch Schleicher keine wesentliche Verbesserung der Lage bedeute und

daß ein Kabinett Schleicher ebenso einem Konflikt mit dem Reichstag entgegengehe wie ein Kabinett Papen".

Die Darstellung, der Unterzeichnete (Meißner) habe eine eingehende Würdigung der verfassungsrechtlichen Lage von sich gegeben, ist eine glatte Erfindung. Ich habe keine Erinnerung daran, daß Meißner bei dieser Besprechung anwesend gewesen wäre. Jedenfalls hat er nicht gesprochen.

Da die Aktennotiz ausweislich der Datierung erst nach der Betrauung Schleichers mit dem Kanzleramt niedergelegt worden ist, kann man vermuten, daß der Hergang der Besprechung am 1. Dezember einer Darstellung Schleichers entspricht, die dann dem St. Secret. Meißner gegeben wurde. [Anders ist auch die Fassung nicht zu verstehen, die von der "Verletzung der Pflichten des Reichstags" spricht und von den präsidialen Maßnahmen des R.Pr. "um Deutschland vor Schaden zu bewahren, der aus einer Verletzung der Pflichten des Reichstags entstehen könnte".

Tatsächlich habe ich dem R.Pr. vorgetragen, der vorhandene Staatsnotstand verlange eine Regierung ohne den Reichstag, was einen Bruch der beschworenen Verfassung bedeute. Die Verletzung des Eides liege also beim R.Pr. und dem amtierenden Kanzler. Wie kann man da von einer Pflichtverletzung des Reichstages sprechen?

Dieses Meißnersche Protokoll erweckt den Anschein, als ob ich mit dem R.Pr. Theater gespielt hätte!]

Ebenso wenig entspricht die Darstellung Meißners den Vorgängen in der Kabinettsitzung, die ich zum 2. 12. einberufen hatte.

Als ob der Kanzler nicht existiert hätte, wird hier berichtet, daß Schleicher und Meißner über den Gang der Verhandlungen vom 1.12. und die Entscheidung des R.Pr. das Kabinett unterrichtet hätten. Der Vortrag Ott wird als etwas ganz Nebensächliches erwähnt, obwohl gerade er den Beschluß des Kabinetts herbeiführte, den von Schleicher befürchteten Bürgerkrieg auf alle Fälle zu vermeiden.

Die protokollarische Darstellung "verniedlicht" die sehr ernste tatsächliche Lage und Entscheidung im Schleicher'schen Sinne.

[Der Auffassung Graf Schwerin-Krosigks und Vogelsangs (23.10.57) über solche Protokolle ist sehr milde. Man weiß ja, wie schnell Dr. Meißner sich auf einen neuen Kanzler einzustellen wußte. Ich selbst habe das nach dem Abgang Dr. Brünings mit Erstaunen wahrgenommen.

Was schließlich die Frage betrifft, ob Schleicher die Kanzlerschaft angestrebt habe oder nicht, so kann ich die Zweifel Graf Schwerin's darüber nicht teilen.

Jedenfalls hat Schleicher am 1.12. den Kanzlerposten für sich gefordert. Nicht nur, daß er Oberstlt. Ott an diesem Tage zu Hitler schickte, um ihm die Vicekanzlerschaft anzubieten. Er hat auch dem R.Pr. gesagt, daß er mit einem Kanzler Schleicher keinen Verfassungsbruch auf sich zu nehmen brauche.

Demnach hat er sich nach der Kabinettsitzung vom 2.12. wirklich nur pro forma "geziert". ]

*Erich Käthe  
Trotz-  
wies  
Vertrag  
also unap-  
proh. R.  
Ottene  
ein  
denn*

25-35412 - 13 7

Zu der Feststellung Schleichers, "die nicht ungünstigen Aussichten für einen *modus vivendi* mit den Nationalsozialisten waren in dem Augenblick erledigt, als durch Papens hinter meinem Rücken geführte Verhandlungen die Möglichkeit für neue Kombinationen sichtbar wurden" ist zu sagen:

Ein "*modus vivendi*" wäre Mitarbeit oder Neutralität gewesen. Beide Möglichkeiten schienen aber bereits erschöpft, als meine "hinter seinem Rücken geführten" Verhandlungen mit Hitler am 4.1. 1933 in Köln stattfanden. <sup>am 7. Dez.</sup> Otts Mission, Hitler als Vizekanzler zu gewinnen, war bereits im November gescheitert. Dann hatte Schleicher diesen Posten Greger Strasser angeboten - sei es mit oder ohne Zustimmung Hitlers -. Dieser Plan hatte sich Ende Dezember als undurchführbar erwiesen. (Aussage Gerecke s. Beruf. Urteil 1949 S. 28, Prot. 383)

In der partei-internen Auseinandersetzung zwischen Hitler, Strasser und dem Führungsgremium gelingt es Hitler jede Parteisplaltung zu verhindern. Strasser's evtl. Eintritt in das Kabinett würde also eine parlamentarische Mehrheit für Schleicher nicht schaffen können - zumal, wie sich Ende Januar zeigte, auch die SPD gegen jede Beteiligung an seiner Regierung war. (Aussage Neske).

Auch die Möglichkeit einer Neutralität ist durch die Vorgänge innerhalb der NSDAP seit Dezember ausgeschlossen. Ein "*modus vivendi*" hat also nie in Aussicht gestanden, nachdem auch die am 11.1.1933 stattfindende Unterhaltung Strasser's mit dem R.Pr. erfolglos bleibt.

Welches sind "die neuen Kombinationen", die nach Schleichers Ansicht zufolge meiner Unterredung mit Hitler am 4.1.33 sichtbar würden?

Die ausgedehnten prozessualen Untersuchungen über Hergang und Inhalt der Kölner Besprechung v. 4.1.33 haben festgestellt, daß es sich dort nur um eine "unverbindliche Aussprache" gehandelt hat. Die Aussprache war dem Bestreben gewidmet, das Schleicher selbst erfüllte: eine Beteiligung der NSDAP in irgend einer Form an dessen Regierung. Sie war keinesfalls gegen Schleichers Interessen gerichtet.

Die dokumentarische Feststellung erweist, daß Schleicher bereits die Morgenpresse des 5.1.33 gegen mich mobil gemacht hatte und daß die Versuche vielfacher Mißdeutung zu einer Legende über Inhalt und Wert der Kölner Besprechung geführt haben. Das Beruf. Urteil v. 1949 S. 29 führt dazu aus: "Die Kombinationen der Presse haben zu einer Legendenbildung geführt, die dem wahren Geschehen nicht entspricht".

Endlich bleibt noch Stellung zu nehmen zu der Darlegung Schleichers: "Blieb der Kampf, für den alle Vorbereitungen sorgfältig getroffen waren, und der meiner festen Überzeugung nach zum Erfolg geführt hätte, wenn nicht plötzlich die feierlich zugesagte Unterstützung des R.Pr. ausgeblieben wäre".

Die Vorbereitungen für den Kampf eines diktatorisch geleiteten Kabinetts hatten geistiger und materieller Art zu sein.

In geistiger Hinsicht hatte der Innenminister meiner Regierung, Frhr v. Gayl, nach mehrfachen Rücksprachen ~~mit dem Reichspräsidenten~~, Vorschläge zu einer Verfassungsänderung ausarbeiten lassen. Sie betrafen die Verbesserung des Wahlrechts der Weimarer Verfassung und die Begründung einer ersten Kammer, als Korrektiv gegen staatsgefährdende Beschlüsse allmächtiger Majoritäten des Reichstags. Diese Reformen, auch von Schleicher gebilligt, würden eine bessere Funktion des parlamentarisch-demokratischen Lebens gewährleisten haben.

In materieller Hinsicht hatte Schleicher schon am 2. 12. 1932 dem Kabinett erklärt, daß er alle Vorbereitungen getroffen habe, um im Falle eines Ausnahmezustandes die Funktion des Staatsapparates sicherzustellen. Indessen habe das angestellte Kriegspiel ergeben, daß sie nicht ausreichend seien. Die Schlußfolgerung der kriegswissenschaftlichen Studie, die Major Ott am 2. 12. uns vortrug lautete:

"Alle Vorbereitungen seien getroffen, um einen etwa beföhlenen Ausnahmezustand unverzüglich in Gang zu setzen. Es habe sich aber gezeigt, daß die Ordnungskräfte im Reich und Ländern keinesfalls ausreichten, die verfassungsmäßige Ordnung aufrecht zu erhalten. Es sei daher die Pflicht des Reichswehrministers (Schleicher), die Zerschlagung der Reichsregierung zum militärischen Ausnahmezustand zu verhindern". (Niederschrift Ott's vom 15. 12. 1947 i. 'Der Wahrheit eine Gasse' S. 247/48). -

Hiermit ist dokumentarisch festgestellt, daß alle für einen Ausnahmezustand nötigen und möglichen Vorbereitungen bereits am 2. 12. 1932 getroffen waren, aber von Schleicher an diesem Tage als "Keinesfalls ausreichend" bezeichnet wurden.

Wiese hätten sie am 23. 1. 1933 nach Schleichers "fester Überzeugung" zum Erfolge führen können? -

*Indirekt, 2. Teil*

Wenn Schleicher weiter behauptet, "die feierlich zugesagte Unterstützung des R.Pr. (für die Erklärung des Staatsnotstandes am 23. 1. 33) sei plötzlich ausgeblieben" und es sei durchaus nicht vorzuziehen gewesen, daß der R.Pr. ihm die Vollmachten nicht geben werde, weil er ihn schon 14 Tage zuvor zur Reichstagsauflösung gedrängt habe, so wird man nur einen Rückblick auf die Tage vom 1. 1. bis 26. 1. zu werfen haben, um festzustellen, daß auch diese Darstellung nicht zutreffen kann.

Die Zusicherung der Erteilung von Ausnahme-Vollmachten ist schon deshalb nicht glaubhaft, weil der R.Pr. den Kampf nicht wollte und Schleicher zu einer einvernehmlichen Lösung berufen hatte.

Am 11. 1. Empfang der R.Pr. den Kanzler und Strasser zwecks evtl. Beteiligung des Letzteren an der Reichs- u. Preuß. Regierung; Die DNVP war der Ansicht, man müsse Schleicher eine Chance geben.

Am 12. 1. Konflikt des Reichslandbundes mit dem Kanzler;

Am 13. 1. Hugenberg bei Schleicher, mit der Forderung als Wirtschaftsminister in dessen Kabinett einzutreten.

Am 14. 1. Der R.Pr. empfängt Hugenberg wegen Erweiterung des Kabinetts.

Am 15. 1. Lippewahlen mit Erfolg der NSDAP

Am 16. 1. Schleicher empfängt Kaas wegen Verbreiterung des Kabinetts.

Am 17. 1. Besprechung Hitler-Hugenberg über gemeinsame Oppositionen oder gemeinsame Regierungsfrent.

Man sieht: alles ist im Fluß und nichts deutet an, daß der R.Pr. den Kanzler zur Auflösung gedrängt habe. -

"Die nüchternen Tatsachen", die Schleicher für seine Darstellung zitiert, sehen anders aus.

Institut für...  
Name

Zu 6) Die Stellungnahme Schleichers zu diesem Punkt halte ich für durchaus begründet. Seine Auffassung ist von Vielen von uns, die durch die Schule der Armee und des Generalstabes gegangen sind, geteilt werden.

Die Zitierung von Dr. Goebbels in diesem Zusammenhang ist wohl nur eine Verbeugung vor dem Regime. -

Zu 7) Schleicher weist den Vorwurf zurück, "die sozialrevolutionäre Verschärfung der Volksstimmung habe unter seiner Kanzlerschaft von Wecke zu Wecke zugenommen!"

Es dürfte zutreffen, daß der Kanzlerwechsel vom 2.12.32 von psychologischer Rückwirkung auf den eben fühlbar werdenden wirtschaftlichen Aufstieg gewesen ist.

Die Spannungen, die Schleicher leugnet, hat er offenbar selbst empfunden, wenn er die ihm sehr nahe stehende "Tägliche Rundschau" am 28. 1. 1933 schreiben läßt: "ein Diktatur-Kabinett Papen mit den Deutschnationalen werde die Spannung im Volke bis zur Siedehitze steigern und müsse zu einer Präsidentenkrise führen".

Wer in dieser bedrohlich-aufgeregten Zeit eine Krise um das Reichs-Oberhaupt an die Wand malt, muß in der Tat die Spannung als staatsgefährdend empfunden haben.

Es scheint kein überzeugendes Argument wenn Schleicher darlegt, wir seien dem Kommunismus in Deutschland nie so fern gewesen, wie in den 2 Monaten seiner Regierung, in denen -trotz Aufhebung aller Ausnahmebestimmungen- kein Schuß gefallen sei. Schleicher selbst hat mir gegenüber oft die Meinung vertreten, es sei die gegenwärtig dringendste ~~Aufgabe~~ staatsmännische Aufgabe, alles zu tun, um die so außergewöhnlich angeschwellene nat.sez.Partei, in ihrer heterogenen Zusammensetzung, nicht in die Arme des Kommunismus zu treiben.

+

Es ist schwer zu sagen, weshalb Schleicher in diesem Brief seine eigene Auffassung zum Problem Hitler so ganz anders darstellt, als sie in Wirklichkeit 1932/33 gewesen ist.

Ich komme nur zu dem Schluß, daß Schleicher, der noch am 29.1.33 seinen Vertrauensmann, Werner v. Alvensleben, zu Göring gesandt hatte mit der Mitteilung: "Papen wolle die Nazi nur betrügen; daher sei es besser, die Nazi würden sich mit Schleicher einigen, der keinen anderen Wunsch habe, als nur Reichswehrminister zu bleiben" (eidl. Aussage v. Göring u. Neurath vor dem IMT am 26.9.46), die Gesamtlage völlig verkannte. Offenbar sollte der Brief die Fäden zu Hitler wieder knüpfen und Schleicher erneut in das Spiel einschalten. -

Der hier behandelte Brief bedarf auch der Korrektur, weil er in die historische Geschichtsforschung bisher unwidersprochen aufgenommen und zu völlig falschen Ergebnissen geführt hat,

In dem Werk "Die Vollmacht des Gewissens" Bd. I (Europ. Publikation, Verl. H. Rinn, 1956) ist der Brief zitiert und vor allem als zutreffend unterstellt, daß Hindenburg noch zwischen dem 9. u. 26. 1. 33 Schleicher jede Unterstützung zum "Kampf" zugesichert habe.

Frhr. v. Braun schreibt dazu: "Wenn Herr Krausnick in seinem vorzüglichen Artikel in der "Vollmacht des Gewissens" meint, solange Hindenburg hinter dem Kanzlergeneral stand, daß dieser an längeren Hebel und die Zeit mußte für ihn arbeiten - so kann ich ihm nicht folgen. Diesem Irrtum verfielen wir damals alle, die glaubten, mit Hitler könne nichts passieren, es seien ja genügend Bremsen eingebaut - Hindenburg, das Militär und die alten Minister. Damals war dieser Irrtum begreiflich, weil niemand auch nur annähernd abschätzen konnte, was folgen sollte. Ex post sollte man in solchen Urteilen vorsichtiger sein. Man darf nicht übersehen, daß Hitler ein

Gefangener seiner Organisation und seiner Propaganda geworden war. Er konnte garnicht mehr zurück, ohne seine Stellung, sein Gesicht und sein Gewicht vor seinen Leuten und vor der Masse zu verlieren.

Hitler erschien nicht durch die 'Bee' einer kleinen Intrigue über die Hintertreppe in der Reichskanzlei, wie Krausnick meint, sondern durch den 'Orkan' einer meisterhaft organisierten, mit allen Mitteln der Propaganda hochgepeitschten, durch die Not entfachten Volksbewegung - bei der schließlich der 'Führer' gleichzeitig der 'Gefangene' im eigenen Netze war.

So konnte die Zeit nicht für Schleicher arbeiten. Hitler mußte das mit 'allen Mitteln' verhindern."

Und in anderem Zusammenhang schreibt Frhr.v.Braun:

" Es bedurfte garnicht der Verhandlung Papen's in Köln (4.1.33), um Hitler an die Macht zu bringen (Was damals auch garnicht geplant war! Verf.); der Zwang der Verhältnisse hätte Hindenburg ohne dies in Kürze belehrt, daß Hitler entweder Kanzler werden müsse, was ja auch allen demokratischen Parlamentsregeln entsprach, oder daß er mit der Schärfe des Schwertes ( die er mit gutem Grund vermeiden wollte ) niederzuhalten sei." (Brief v. 5.7.1957) -

Zu Anmerk. Seite 2 : +)

Zu Ziffer 3) ist hinzuzufügen:

Unmittelbar nach dem 13.8.1932 hat Schleicher einen Brief an den ihm gut bekannten Reichstagsabgeordneten O.Schmidt-hannover (damals Fraktionsgeschäftsführer der DNVP) gerichtet, indem er "herzlich und spontan seiner offenbar ehrlichen Freude über die nun wohl endgültige Abfuhr Hitlers Ausdruck gibt". (Aussage Schmidt-hannover, der diesen Brief verbrannt hat, während die Antwort Schmidt's vom 18.8.1932 sich im Nachlaß Schleichers befindet.)

J. Papen

den 22. 4. 1968

Herrn Robert Mallah  
Feldstr. 20  
CH - 8800 THALWIL

Sehr geehrter Herr Mallah;

In Ihrem Schreiben vom 8. IV. 68 teilten Sie mir die Ansichten von zwei Historikern über die Bildung des ersten Kabinetts Hitler mit. Ich kenne diese Darstellungen und ähnliche zahlreicher Art mehr. Diese Kenntnis hat mich vor allem dazu veranlaßt, das Buch "VOM SCHEITERN EINER DEMOKRATIE" zu erarbeiten. Dort sind die Tatsache und Zusammenhänge angeführt, die zum 30. Januar 1933 führten.

Die von Ihnen präsentierten Zitate enthalten lediglich Mutmaßungen und Behauptungen. Ich könnte mich bei meiner Erwiderung mit dem Hinweis auf mein letztes Buch begnügen und insbesondere auf den Quellenapparat verweisen - möchte jedoch Ihr zeitgeschichtliches Interesse gern persönlich beantworten:

1.) Nach der Ablehnung meines Vorschlages vom 1. Dez. 1932, mitte einer - so würde man heute sagen - Notstandsregelung zu regieren, und dem Scheitern Schleichers, blieb nur die Rückkehr zum Buchstaben der Weimarer Verfassung übrig. Wohl gemerkt: Dazu zwangen die politischen Parteien den Reichspräsidenten. Wenn die von Ihnen Herr Mallah, zitierten Historiker etwas Gegenteiliges behaupten, dann sollten sie doch die regierungsfähige parteipolitische Konstellation nennen, die in der Lage gewesen wäre, die Verantwortung im Reiche zu übernehmen.

2.) Zur Behauptung '...sie brauchten Hitler als Aushangeschild...' muß festgestellt werden: Diese Behauptung stammt aus der Propaganda des Goebbels von Hitler und Goebbels! Hitler hat diese Behauptung erstmals aufgestellt nach seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten und mir am 13. August 1932. Sie bildete den Grundton der NS - Agitation gegen mich. Hitler und seine Propaganda benutzten die Schlagworte "Untertagearbeiter" etc.

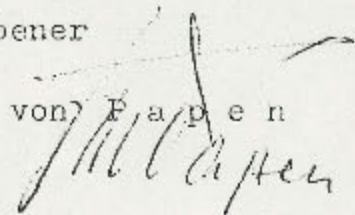
3.) Sicher, Hitler ist nicht wegen seiner Unwiderstehlichkeit berufen worden. Die Verwundbarkeit der NSDAP haben die Novemberwahlen 1932 offenbart! Die von Ihnen zitierte Behauptung jedoch, "verfassungsgemäß und politisch bestand (Zur Berufung) keine Notwendigkeit", galt nur bis zum 1. Dezember 1932! Unter dem Kabinettschleicher - als alle Alternativen illusorisch wurden - zeichnete sich immer stärker der Zwang ab, zum Buchstaben der Verfassung zurückkehren zu müssen. Weder dem Reichspräsidenten noch mir war dies angenehm. Sie dürfen sicher sein, daß wir jede andere Kombination einem Kabinettschleicher vorgezogen hätten.

Es ist leicht, die damaligen Entscheidungen im Lichte des NACHHER zu tadeln. -

Mit bestem Grabe

Ihr ergebener

Franz von Papen



Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 6653/83	Best. ZS 354
Rep.	Kot. Se